

Jugendlichen müssen mobilisiert werden, damit sie Widerstand leisten. Und wenn sie sich drüben nicht retten können, dann können sie im demokratischen Berlin oder in der Deutschen Demokratischen Republik arbeiten. Aber sie sollen sich nicht in die westdeutsche NATO-Armee pressen lassen!

Zweitens sind wir der Meinung, daß im Interesse der Sicherung des Friedens die ausländischen Truppen aus Westberlin schrittweise abgezogen werden müssen. Sollen die Großmächte miteinander vereinbaren, in welchen Fristen das geschieht! Aber ein Abzug der ausländischen Besatzungstruppen aus Westberlin in Etappen ist notwendig.

Man hat uns gefragt: Seid ihr dafür, daß im demokratischen Sektor keine sowjetischen Truppen stationiert sind? — Die sowjetische Regierung hat selbst erklärt, daß sie, wenn aus Westberlin alle ausländischen Truppen abgezogen werden, auch im demokratischen Berlin keine Truppen unterhalten wird. Was die innere Sicherheit betrifft, so werden die Kampfgruppen usw. schon für Ordnung sorgen. Wir sind also damit einverstanden, daß, wenn die ausländischen Truppen aus Westberlin abgezogen werden, auch keine sowjetischen Truppen im demokratischen Berlin stationiert sind.

Wir fordern drittens die Aufhebung des Besatzungsstatuts für Westberlin. Wir sind in keinem Falle bereit, auf den sogenannten Status quo einzugehen, das heißt auf die Erhaltung des jetzigen Zustandes; denn das würde die Anerkennung des Besatzungsstatuts bedeuten. Aber ein Besatzungsstatut ist mit der Sicherung d'es Friedens unvereinbar, und wir haben ein Recht' darauf, daß in Deutschland endlich die Reste des Krieges beseitigt und friedliche Bedingungen geschaffen werden.

Viertens sind wir für die Liquidierung der Spionagezentralen, die von Westberlin aus Diversionsarbeit leisten. Wir haben keine Einwendungen dagegen, wenn die vier Mächte die Einsetzung einer Kontrolle vereinbaren, die den Abbau und die Beseitigung dieser Spionagezentralen und anderer Feindtätigkeit in Westberlin kontrolliert.

Fünftens sind wir der Meinung, daß Westberlin eine wirklich freie Stadt sein muß und die westdeutschen Gesetze keine Gültigkeit für Westberlin haben können. Westberlin muß das Recht erhalten, mit allen Staaten Verträge abzuschließen, mit Polen, mit der Deutschen Demokratischen Republik, mit Westdeutschland, mit England und mit anderen Ländern. Das ist sein gutes Recht! Aber die westdeutschen Gesetze, wie das Gesetz über die Erhöhung der Mieten und andere, können für Westberlin keine Gültigkeit haben.

Herr Brandt hat nun demagogisch erklärt, man müsse in ganz Berlin die Frage lösen. Das ist eine lächerliche Forderung, denn Westberlin liegt auf dem Boden der DDR. Das demokratische Berlin liegt nicht auf dem Boden der USA und auch nicht auf dem Boden von Westdeutschland. Deshalb besteht ein prinzipieller Unterschied. Man kann nicht mit Westberlin vergleichen, wenn die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik in der Hauptstadt Anwendung finden. Selbstverständlich gelten diese Gesetze in der Hauptstadt der DDR; denn sie werden ja von der Regierung, die in Berlin sitzt, beschlossen. Aber die westdeutschen Gesetze werden nicht in Westberlin beschlossen, sondern im westzonalen Bundesdorf westlich des Rheins, in Bonn. Das ist ein Unterschied.

Obwohl Westberlin eigentlich zur Deutschen Demokratischen Republik gehört, sind wir zu der großen Konzession bereit, daß Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt verwandelt wird. Das bringt keine Verschlechterung für die Westberliner Bevölkerung mit sich und kann auch keine Verschlechterung für sie bringen, denn die Deutsche Demokratische Republik wird niemals etwas tun, was zum Schaden der Westberliner Bevölkerung ist. Aber wir werden alles tun, um die Tätigkeit der amerikanischen und anderen Agenturen in Westberlin einzudämmen und zu bekämpfen. Wir werden alles tun, damit das Besatzungs-